

**Aufruf zur Demonstration**  
**„Für die Versammlungs- und Kunstfreiheit!**  
**Gegen den deutschen Krieg!“**

**Freitag, 21. November 2014, 16:00 Uhr**

**Warum verbinden wir ausgerechnet diese beiden Losungen?**  
**Was hat das eine mit dem anderen zu tun?**

Jeder braucht demokratische Rechte. Nur fragt es sich, ob es ein Demonstrationzug voller Millionäre nötig hat, auf der Straße zu verlangen, dass sie doch bitte Millionäre bleiben wollen. Eher nicht! Ein Demonstrationzug aber, der sich mit Flüchtlingen aus Lampedusa solidarisiert, dem werden seine Rechte in diesem Staat gerne 'mal versagt. Sich auf der Straße zu versammeln, seine Meinung kund zu tun, auch dann, wenn diese nicht mehrheits- oder medientauglich ist, wird durch die Versammlungsfreiheit ermöglicht: Ein Grundrecht.

Nur in der Praxis gilt es eben nicht mehr für jeden. So herrschte Anfang Januar 2014 tagelang der Ausnahmezustand in vier Hamburger Stadtteilen. Polizisten konnten in diesen Gebieten ohne besonderen Anlass jeden Bürger kontrollieren (Ausweiskontrolle, Taschendurchsuchungen usw.), der ihnen als verdächtig erschien. Die Stadtteile waren als Gefahrengebiete ausgewiesen worden – und zwar von der Polizei selbst. Anlass waren Demonstrationen für den Erhalt des Kulturzentrums „Rote Flora“ sowie Solidaritätskundgebungen für Flüchtlinge aus Lampedusa. Auf unbestimmte Zeit wurde am 4. Januar

ein Gebiet von etwa 80.000 Menschen zum polizeirechtlichen Gefahrengebiet gemacht. Wegen einer Demonstration, die dem Staat nicht passte, setzte man ohne zeitliche Grenze 80.000 Menschen der reinen Willkür aus. Das passiert keinen Millionen. Warum auch?

Ein Zug voller Leiharbeiter, es sind bereits Millionen in diesem Land, hat ein gewaltiges Recht sich zu versammeln, zu demonstrieren. Weil die Leiharbeiter für eine bessere Zukunft eintreten, in der sie nicht mehr nur den halben Lohn der Festangestellten bekommen und nicht mehr per Zwang von einem Tag auf den anderen den „Arbeitgeber“ wechseln müssen! Welches Versammlungsrecht genießen die aber, wenn ihnen die Bundeswehr den Weg versperrt, wenn sie gar in den Streik treten? Das ist kein Horrorszenario, sondern Wirklichkeit. Die Bundeswehr kann und wird längst wieder im Inneren eingesetzt – offiziell, um „kritische Infrastruktur“ zu schützen. Was das auch immer sein mag. „Kritisch“ wird es wohl stets dann, wenn diejenigen auf die Straße gehen, die ihr Recht in Anspruch nehmen, für eine bessere Zukunft einzutreten.

**Und Kunstfreiheit?**

Als Lehre aus dem Faschismus schrieb das Grundgesetz fest, die Kunst als Freiheit zu garantieren. Sie wurde damit über Hürden wie etwa eine Straßenverkehrsordnung gestellt. Die Nazis verbrannten alles, was nicht „arisch rein“ war, schickten alle fortschrittlichen Menschen in die KZs, schürten Völkerhass und verherrlichten den Krieg. Das Gegenteil, also Völkerfreundschaft und der Kampf für den Frieden, waren ihnen ein Dorn im Auge. Daraus folgt: Die Kunstfreiheit in diesem Land ist eine Waffe aller Demokraten und Antifaschisten gegen die Rassisten, die Chauvinisten

und Kriegstreiber. Heute müssen wir wieder feststellen, dass eben die Kriegstreiber, deren Anführer in den oberen Etagen der Deutschen Bank, bei Siemens und BMW sitzen, sicher keine Kunstfreiheit brauchen, um sich auch im nächsten Jahr die fetten Schecks auszahlen zu lassen. Missachtet wird die Kunstfreiheit gegenüber Kriegsgegnern.

Mit Mitteln künstlerischer Freiheit zieht seit einigen Jahren schon der internationale Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ auch durch dieses Land.

Er warnt vor einem drohenden deutschen (Welt-)Krieg, versucht, darüber aufzuklären, und einen gemeinsamen Kampf dagegen zu organisieren. Da wundert es nur wenig, dass ständig – zuletzt im September diesen Jahres – versucht wird, ihm mit allen Mitteln den Weg zu versperren. Dies geschieht unter völliger Missachtung der Kunstfreiheit, die ihm klar zusteht. Bisher ist er immer noch weitergefahren, weil er öffentlichen Protest erregt hat und vor die Gerichte zieht. Aber dies zeigt, dass die beiden Punkte, demokratische Rechte wie die Versammlungsfreiheit und auf der Straße Politik zu machen, vielleicht Klassenkampf zu führen, also gegen den deutschen Krieg zu sein, unmittelbar miteinander verbunden sind. Umso mehr scheint

es wie ein Schlag ins Gesicht, dass der Regensburger Stadtrat nun beschlossen hat, die Kunstfreiheit mit einem Passus in den Förderrichtlinien mit Füßen zu treten:

*„Begründete Zweifel an der politischen und weltanschaulichen Offenheit oder an der Toleranz gegenüber Andersdenkenden können zu einem Ausschluss aus der Förderung führen.“*

Kunstfreiheit soll es in Regensburg nur noch dann geben, wenn die „politische und weltanschauliche Offenheit“ derjenigen des Regensburger Stadtrats entspricht? Gut gemeint sei das, weil man dadurch Nazis ausschließen könne. Doch auf Nachfrage nennen einige im Stadtrat auch Kommunisten. Ein Grund mehr, jetzt auf die Straße zu gehen.

### **Gegen den deutschen Krieg!**

Höchste Zeit ist es, gegen den deutschen Krieg zu demonstrieren. Der „böse Russe“ ist in aller Munde. Doch die Bundeswehr, die modernste Kriegsarmee Europas, sei desaströs aufgestellt: *„Verteidigungsfähig ist Deutschland so nicht mehr“* ([www.merkur-online.de](http://www.merkur-online.de) – 25. September 2014).

Für den großen Krieg, das ist doch der Hintergedanke, braucht es eben noch ganz anderes Kaliber. 400.000 Schülerinnen und Schüler hat die Bundeswehr letztes Jahr durch Jugendoffiziere auf dem Schulgelände agitiert, allein zwischen April und Juni 2014 rund 200 Großveranstaltungen durchgeführt. Jungen Leuten, die heute oft nur zwischen Arbeitslosigkeit, Leiharbeit oder Werkverträ-

gen „wählen“ können, soll der Kriegsdienst schmackhaft gemacht werden. Erst raubt man der Jugend die Perspektiven, nun soll sie einmal mehr auf den Schlachtfeldern „verheizt“ werden.

Der Krieg wird vor unseren Augen vorbereitet, nicht weil sie es unbedingt wollen, sondern weil sie nicht mehr anders können – wollen sie auch weiterhin ihre dicken Gewinne einstreichen. Vorbereitet wird der Krieg, indem sie ihren ganzen Staatsapparat umbauen und zum Beispiel – verfassungswidrig und ohne demokratische Kontrolle – das Militär, alle 38 verschiedenen Polizeien in diesem Land und sämtliche Geheimdienste unter einem Dach zusammenführen.

**Schließt euch deshalb der Demonstration  
„Für die Versammlungs- und Kunstfreiheit!  
Gegen den deutschen Krieg!“ an.**

**Kommt am Freitag, den 21. November 2014 um 16:00 Uhr  
in die Alfons-Auer-Straße (Höhe Kerschensteiner Berufsschule).**

Die Demonstration wird sich mit dieser Losung dem Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“, der vom 20.11. bis 23.11. durch Regensburg fahren wird (mehr Infos unter: [www.klassenkampf-statt-Weltkrieg.de](http://www.klassenkampf-statt-Weltkrieg.de)), anschließen und gegen 17:30 Uhr am Regensburger Neupfarrplatz eine gemeinsame Abschlusskundgebung abhalten.

Unterzeichner: SJD - Die Falken, Bz. Niederbayern/Oberpfalz; Alevitische Jugend Regensburg; Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, OG Regensburg; Bund für Geistesfreiheit - Regensburg; SJD - Die Falken, KV Regensburg, Regensburger Unterstützerkreis „Klassenkampf statt Weltkrieg“; Netzwerk Gewerkschaft gegen Krieg